

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/53970/1580574/dstgb-verkuerzung-des-wehrdienstes-auf-sechs-monate-gefaehrdet-den-zivildienst-einfuehrung-eines> abgerufen werden.



DStGB: Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate gefährdet den Zivildienst - Einführung eines sozialen Pflichtjahres für junge Menschen prüfen

18.03.2010 - 15:14 Uhr, Deutscher Städte- u. Gemeindebund

Berlin (ots) - "Die jetzt geplante Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate bringt verheerende Folgen für den Zivildienst und damit für die sozialen Dienste am Menschen mit sich", sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg heute in Berlin.

In nur sechs Monaten können die Zivildienstleistenden nicht mehr ausreichend qualifiziert werden. Ob als Fahrer eines Krankenwagens, Rettungshelfer, Betreuer von Schwerstbehinderten, die Ausbildung dauert in der Regel mehrere Monate, so dass sich diese Ausbildung nicht mehr lohnt. Damit besteht die Gefahr, dass die Kommunen - wie auch die Wohlfahrtsverbände - keine Zivildienststellen mehr zur Verfügung stellen. Allein die Städte und Gemeinden beschäftigen über 20.000 Zivildienstleistende. Der Zivildienst stände praktisch vor dem Aus. Es ist auch illusorisch zu glauben, man könne auf freiwilliger Basis 76.000 Zivildienstleistende für eine längere zusätzliche Dienstzeit gewinnen.

In einer alternden Gesellschaft ist der Zivildienst ein unverzichtbarer Baustein unseres sozialen Netzes. Schwerstbehinderte Kinder werden ganz überwiegend vom Zivildienst betreut. Auch für die Zivildienstleistenden ist die Verkürzung von Nachteil. Sie erhalten keine Chance auf berufliche Qualifizierung und die Gewinnung von Sozialkompetenz. Ganz nachteilig wäre die Verkürzung für Abiturienten - ein Großteil der Zivildienstleistenden. Nach dem Abitur im Juli wäre der Zivildienst jeweils Ende Dez./Anfang Jan. beendet. Die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge beginnen aber erst zum Wintersemester im Oktober. Es würde also eine - im Zweifel vom Sozialsystem zu finanzierende - Zeit der Erwerbslosigkeit folgen.

Vor dem Hintergrund dieser Situation schlägt der Deutsche Städte- und Gemeindebund vor, die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für junge Menschen zu prüfen und damit den Zivildienst vom Wehrdienst zu entkoppeln. Ein solcher Dienst würde nicht zuletzt den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken.

@@infblk@@

Pressekontakt:
Kontakt:

Franz-Reinhard Habel
Sprecher des DStGB
Tel.: 030/77307-225
E-Mail: Franz-Reinhard.Habel@dstgb.de

Originaltext:

Deutscher Städte- u. Gemeindebund

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/53970/deutscher-staedte-u-gemeindebund>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_53970.rss2